

FDP Rosbach

## **FDP FÜR TRANSPARENTE JAGDVERGABE – BEWERBER SOLLEN KLARE VORGABEN ERFÜLLEN**

06.06.2024

---

Nicht allein die Höhe von Pachtzahlungen soll nach Meinung der FDP entscheidend für die Vergabe von Jagdpachten durch die Stadt Rosbach sein. „Das Erfüllen klarer städtischer Erwartungen und Vorgaben für das Unterstützen von erneuertem Baumwuchs soll bei dem schlechten Zustand des Waldes vorrangiges Ziel bei Entscheidungen zu den anstehenden weiteren Vergaben der im Frühjahr 2025 auslaufenden Verträge für mehrere Eigenjagdbezirke sein“ fordert FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Otto Jacobi.

Aufgabe der Stadt sei, bei den anstehenden Ausschreibungen die kurz- und mittelfristigen Erwartungen klar und offen zu kommunizieren und dann nur Bewerber zu akzeptieren, die diese und hiervon abgeleitete Zielvorgaben akzeptieren. Außer diesen auch im Vertrag festgeschriebenen Anforderungen solle vereinbart sein, welche Maßnahmen bei einem Nichterfüllen von Vertragsbestandteilen fällig werden. Bei auf immerhin mindestens zehn Jahre anzulegenden neu abgeschlossenen Jagdpachtverträgen müsse auch das vorzeitige Beenden möglich werden. Deutlich vorteilhafter seien Vertragsverlängerungen. Dann könne die Laufzeit beispielsweise auf nur drei Jahre begrenzt werden. Somit bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit des baldigen Umsetzens von vereinbarten Maßnahmen und im ungewünschten Fall nicht eingehaltener Zusagen die unmittelbare Möglichkeit einer bald folgenden Vertragsbeendigung.

„Nicht nur Vertragsabschlüssen, sondern auch dem Prüfen der von Pächtern zugesagten Leistungen kommt daher künftig eine hohe Bedeutung zu“, ist Jacobi sicher. Erleichtert werde dies durch eindeutige Anforderungen in Ausschreibungen und Jagdpachtverträgen. So sei ein transparenteres Verfahren gesichert, als bei dem alternativen Vorschlag, nach bewusst nur allgemein gehaltener Ausschreibung über Bewerbungen anhand von schon

vorher festgelegten Anforderungen an das Jagdkonzept zu entscheiden und dabei den Pachteinnahmen keine entscheidende Bedeutung beizumessen. Zuschlag für städtische Jagdbezirke solle demgegenüber nach Meinung der FDP erhalten, wer alle Anforderungen der Ausschreibung erfüllt, den Jagdpachtvertrag mit Sanktionen bei dem Nichterfüllen von zugesagten Leistungen akzeptiert und außerdem das höchste Gebot abgibt. So sei klare Transparenz bei Entscheidungen gegeben und größter Nutzen zu erzielen. Dies gelte umso mehr, da früher übliche hohe Einnahmen durch Holzverkäufe nicht mehr zu erzielen seien. Zusätzlich geringere Jagderlöse als Ausgangszugeständnis seien jedenfalls zu verhindern und sollten auch bei qualifizierten Bewerbungen möglichst nicht erfolgen. Jeder Verdacht nicht sachbezogener oder wenig nachvollziehbarer Entscheidung sei zu vermeiden. Dies liege auch im Interesse aller Funktionsträger der Stadt und gelte besonders, wenn anders als bisher Pächter mit einer Funktionen als städtische Mandatsträger künftig nicht nur den Zuschlag für zwei, sondern für sämtliche der drei nun zu vergebenden Jagdbezirke erhalten sollten.

Aufgrund seiner forstwirtschaftlichen Berufsausbildung, seiner Erfahrung als Jäger und als frisch gewähltes Vorstandsmitglied der Hessischen Waldbesitzer werde Bürgermeister Steffen Maar sicher kurzfristig entscheidungsreife Vorlagen für konkrete Anforderungen und Zielvorgaben für die Jagdpächter erarbeiten können. Aufgabe der Jagd müsse sein, standortgerecht natürliche Verjüngungen und das gesunde Heranwachsen von Bäumen nachhaltig zu unterstützen.

Verantwortlich: Hans-Otto Jacobi, FDP-Fraktionsvorsitzender, Foto: Pexels